

1. September 2008

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Kernpunkte des SPD-Bildungspapiers

Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand.

Bildungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Gemeinden sowie Unternehmen, Verbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung stehen.

Die SPD zieht in der Bildungspolitik an einem Strang. Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker aus Bund, Ländern und Gemeinden setzen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik in die Tat um: mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem und den Aufstieg durch Bildung für Alle zu erreichen.

1 Mehr Geld in Bildung investieren.

Die Herausforderungen an das deutsche Bildungssystem sind groß. Die SPD setzt klare Prioritäten zugunsten der Bildungspolitik. Wir werden stärker in das Bildungssystem investieren.

Die absehbare demografische Entwicklung führt zu erheblichen Rückgängen bei der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter (2005 - 2015 um 1,6 Mio. = 13,5 %). Dies entspricht rechnerisch Minderausgaben von rund 8 Mrd. Euro im Jahr 2015. Die Länder verpflichten sich, die frei werdenden Ressourcen effizient für Angebotserweiterungen und qualitative Verbesserungen im Bildungssystem zu nutzen. Die SPD wird darauf hinwirken, dass der Bund diese finanzielle Prioritätensetzung durch gezielte Maßnahmen in Bereichen mit gemeinsamer Verantwortung unterstützt.

2 Frühkindliche Bildung: Beitragsfreiheit ab 2013.

Gute Bildung darf nicht an dem fehlenden Geld in der Familie scheitern. Die SPD steht grundsätzlich für den gebührenfreien Zugang zur Bildung – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Gerade die ersten Jahre in der Kindertagesstätte sind prägend für die spätere Lernfähigkeit von Kindern. Die SPD baut deshalb die sozialen Hürden für den Zugang zur frühen Bildung ab. Wir wollen die Eltern von den Kita-Gebühren entlasten. Parallel zum zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder wird die SPD dafür sorgen, dass der Besuch einer Kita für alle Kinder von eins bis sechs schrittweise bis 2013 beitragsfrei gestellt wird. Dies erfordert bundesweit ca. 3 Mrd. Euro (Einjährige bis Schuleintritt). Der Bund wird sich an diesen Kosten substantiell beteiligen.

3 Länger gemeinsam Lernen.

Das starr gegliederte Schulwesen, das die Kinder schon früh auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt, trägt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Unser Schulsystem muss deutlich durchlässiger werden. Die SPD will, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können und wird sich daher für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen die Hauptschule als Schultyp abschaffen und in neue Strukturen überführen.

④ Schulmittelbedarfs-Paket und Mittagessen.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund zukünftig für bedürftige Kinder im Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Pakets die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernimmt. Die Länder stellen sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler an einem Mittagessen teilnehmen können.

⑤ Flächendeckend Ganztagschulen einführen.

Die SPD setzt sich für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen ein. Eine gute Ganztagschule braucht zusätzliches qualifiziertes Personal. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch der Bund den weiteren Ausbau der Ganztagschulen unterstützt, indem er beispielsweise ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagschulen im Rahmen der Jugendhilfe auflegt.

⑥ Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses.

Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin ohne Schulabschluss soll das Recht erhalten, einen grundlegenden Schulabschluss gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen.

⑦ Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung: Geld folgt Studierenden.

Die SPD fordert, dass im Rahmen des Hochschulpakts II ein Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung vollzogen wird. Mit dem „Vorteilsausgleich“ (Geld folgt Studierenden) soll eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Ländern erfol-

gen. Außerdem setzt das damit etablierte Wettbewerbssystem Anreize, das Studienplatzangebot der Hochschulen sowohl quantitativ als auch qualitativ zu verbessern. Es wird ein positiver Wettbewerb der Länder um Studierwillige einsetzen.

⑧ Bundesweit einheitlicher Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur.

Die SPD wird die Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und so die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen. Dafür wollen wir einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur durchsetzen. Wir wollen, dass ein Meister-Abschluss oder ein vergleichbarer Abschluss für ein Hochschulstudium qualifiziert. Auch wer eine Berufsausbildung abschließt und über Berufserfahrung verfügt, muss einen fachgebundenen Hochschulzugang erhalten können.

⑨ Schüler-BAföG stark machen.

Die SPD will, dass Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern die Chance haben, das Abitur zu erreichen. Die Union hat unter der Kohlregierung das Schüler-BAföG empfindlich zurückgefahren, so dass heute nur wenige Jugendliche die Förderung erhalten können. Wir wollen das Schüler-BAföG mittelfristig wieder zu einem echten Instrument des sozialen Ausgleichs ausbauen. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden. Mit einem Schüler-BAföG wollen wir die Chancengleichheit in der schulischen Bildung verbessern und die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten erhöhen.